

Gartenbauwirtschaft

DEUTSCHER ERWERBSGARTENBAU

Wirtschaftszeitung des

Deutsche Gartenbauzeitung für den Sudetengau

Amtl. Zeitung für den Gartenbau im Reichsnährstand u. Mittellungsblatt der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft



BERLINER GÄRTNER-BÖRSE

Deutsches Gartenbaues

Der Erwerbsgärtner und Blumenbinder in Wien

blatt der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft

Hauptverlag: Berlin-Charlottenburg 4, Schlüterstraße 38/39, Fernruf 3143/38. Verlag: Gärtnerei-Verlagsgesellschaft Dr. Walter Lang KG, Berlin SW 68, Kochstraße 32, Fernruf 176416. Postcheckkonto: Berlin 6704. Anzeigenpreis: 45 mm breite Millimeterzeile 17 Pf., Textanzeigen mm-Preis 50 Pf. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 8 v. 1. August 1937 gültig. Anzeigenannahme: Frankfurt (Oder), Oderstr. 21, Fernr. 271. Postcheckk.: Berlin 67011. Erfüllungsort: Frankfurt (O.). Erscheint wöchentlich. Bezugsgebühr: Ausgabe A monatl. RM. 1.-, Ausgabe B (nur für Mitglieder des Reichsnährstandes) vierteljährl. RM. 0,75 zuzügl. Postbestellgebühr.

Postverlagsort Frankfurt/Oder · Ausgabe B

Berlin, Donnerstag, 6. November 1941

58. Jahrgang — Nummer 45

Neuregelung der Erzeugung von „AKZ-Stammsaatgut“

Förderung der Zuchtarbeit bei Gemüse

Als 1934 die ersten Arbeiten zur Regelung des Sorten- und Saatgutwesens bei Gemüse durch den Reichsnährstand eingeleitet wurden und bald darauf die ersten Anordnungen über die Erzeugung und den Betrieb von Saatgut einzelner Gemüsesorten ergingen, war man sich bereits darüber klar, daß die aus den gegebenen Verhältnissen heraus entstandene Lösung der Schaffung von „Gruppenorten“ zur Erzeugung von „Stammsaatgut“ nicht Endgültiges darstellen konnte. Es wurde bereits damals klar herausgestellt, daß auch in der Gemüsezüchtung auf lange Sicht gesehen die „Einzelorte“ und das „Dochzucht Saatgut“ als Ziel der weiteren Entwicklung angesehen werden müssen. Die 1935 erlassene erste Grundregel für die Anerkennung von Stammsaatgut, die bekanntlich 1939 eine neue Fassung erhielt, sah darum bereits vor, daß grundsätzlich nur „Dochzucht Saatgut“ zur Anerkennung gelangen sollte und lediglich während der Uebergangszeit der Vereinigung des Sortenwesens auch noch „Originalsaaten“ und „Stammsaatgut“ zur Anerkennung zugelassen werden sollten. Die bisherige Regelung ließ die Möglichkeit offen, daß jeder Züchter, sofern er die sonstigen Voraussetzungen erfüllt, willfährlich weitere Gruppenorten, die er bis dahin noch nicht führte, in züchterische Bearbeitung nehmen konnte, um nach Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen davon Saatgut zu erzeugen und in den Verkehr zu bringen. So nahmen viele Betriebe, die glaubten, alle nur zugelassenen Gemüsesorten unbedingt „führen“ zu müssen, die ihnen nach der Sortenbereinigung noch fehlenden Sorten neu in züchterische Bearbeitung. Aber auch Betriebe, die sich bis zur Sortenbereinigung nur in geringem Umfang oder auch überhaupt noch nicht mit der züchterischen Bearbeitung von Gemüsesorten befaßt hatten, nahmen nun die Bearbeitung von Gruppenorten in großem Umfang an.

Diese Entwicklung barg die Gefahr in sich, daß das mit der Regelung des Sorten- und Saatgutwesens bei Gemüse gesteckte Ziel nicht erreicht würde. Durch die züchterische Bearbeitung einer zu großen Zahl von Gemüsesorten mühten die Züchterbetriebe ihre züchterische Arbeit zu sehr zu splittieren, und sie waren nicht mehr in der Lage, sich intensiv dem gesteckten Ziel, nämlich der Erzeugung neuer, wertvoller Sorten, zu widmen. Durch die nachfolgend veröffentlichte Anordnung des Verwaltungsamtes des Reichsbauernführers vom 14. 10. 1941 betr. Erzeugung von „AKZ-Stammsaatgut“ von Gemüsesorten ist unter dieser unerwünschten Entwicklung ein Schlußstrich gezogen worden.

Durch die Anordnung ist festgelegt, daß künftig die Erzeugung von „AKZ-Stammsaatgut“ nur noch zugelassen ist, wenn der Züchterbetrieb die betreffende Sorte mit Abschluß des Jahres 1941 mindestens drei Generationen lang erhaltungszüchterisch bearbeitet hat. Das bedeutet, daß die züchterische Bearbeitung der Sorten bei einjährigen Arten im Jahre 1938 und bei zweijährigen Arten im Jahre 1936 ausgenommen sein muß, wenn der Züchterbetrieb ein Anrecht auf Erzeugung von „AKZ-Stammsaatgut“ haben will. Bei Sorten, die erst

nach diesem Zeitpunkt in züchterische Bearbeitung genommen sind, kann eine Erzeugung von „AKZ-Stammsaatgut“ nicht mehr zugelassen werden. Ausdrücklich gilt diese Bestimmung auch für diejenigen Gemüsesorten, für die zur Zeit noch keine Sortenlisten aufgestellt sind. Es kann beispielsweise auch bei Kohlrabi oder Blumenkohl, wenn hierfür späterhin Sortenlisten aufgestellt werden, eine Saatgutenerkennung nur in Frage kommen, wenn die betreffenden Sorten im Züchterbetrieb mit Abschluß des Jahres 1941 mindestens drei Generationen lang bearbeitet sind.

Die Anordnung sieht bereits vor, daß Ausnahmen von der festgelegten Bestimmung gemacht werden können. Solche Ausnahmen sollen jedoch nur dort gemacht werden, wo sie aus allgemeinen landesulturellen Gründen notwendig sind. Insbesondere können solche Ausnahmen notwendig sein, wenn sich neue Züchterbetriebe aufmachen und diese als Betriebsgrundlage nicht den Gemüsebau oder den Anbau anderer Kulturen benützen, sondern von vornherein Samen- und Samenbau als einzige Betriebsgrundlage wählen. Solche Betriebe können zur Erzeugung von „AKZ-Stammsaatgut“ noch zugelassen werden, auch wenn sie die Gruppenorten zu einem späteren Zeitpunkt, als in der Anordnung festgelegt, in züchterische Bearbeitung genommen haben. Voraussetzung für diese Ausnahme ist jedoch, daß die Betriebe sich nachweisbar erfolgreich um die Kreuzzüchtung wertvoller Gemüsesorten bemühen. Hierdurch ist einmal dafür Sorge getragen, daß die Gemüsezüchtung auch in Zukunft durch junge Betriebe ergänzt

werden kann, und zum anderen ist gesichert, daß diese jungen Betriebe sich vorzugsweise mit der Kreuzzüchtung von Gemüsesorten befassen. Basse.

Anordnung des Verwaltungsamtes des Reichsbauernführers

Betr.: Erzeugung von AKZ-Stammsaatgut von Gemüsesorten.

Vom 14. Oktober 1941

In Ausführung von § 3 Abs. 2 der Grundregel für die Anerkennung von Gemüsesorten vom 10. November 1938 (RNStBl. S. 619) wird bestimmt:

§ 1
(1) Zur Erzeugung von AKZ-Stammsaatgut werden nur Vermehrungsabende solcher Gemüsesorten zugelassen, die der Züchter mit Abschluß des Erntejahres 1941 nachweislich mindestens drei Generationen lang erhaltungszüchterisch bearbeitet hat. Dies gilt sowohl für die bereits zugelassenen Gruppenorten als auch für Sorten derjenigen Gemüsesorten, bei denen die Sortenbereinigung noch bevorsteht.

(2) Das Verwaltungsamte des Reichsbauernführers kann Ausnahmen von dieser Bestimmung erlassen, wenn die Bedürfnisse der Landwirtschaft es erfordern, insbesondere wenn neue Züchterbetriebe, die sich mit höherem Erfolg um die Kreuzzüchtung wertvoller Gemüsesorten bemühen, auf die Möglichkeit der erhaltungszüchterischen Bearbeitung von Gruppenorten als Betriebsgrundlage angewiesen sind.

§ 2
Zusammenfassungen gegen die Bestimmungen dieser Anordnung sind Ordnungsdiktanden nach § 6. Ordnungsgeldstrafen können bis zu 10.000 RM. im Einzelfall verhängt werden.

Berlin, den 14. Oktober 1941.

Der Reichsbauernführer.

Verwaltungsamt.

J. A.: Dr. Brunnemann.

Ein grundlegender Aufsatz von Staatssekretär Herbert Backe Europas Landwirtschaft erwacht

Der Staatssekretär im Reichsnährstand, Herbert Backe, veröffentlicht in einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ unter der Überschrift „Europas Landwirtschaft erwacht“ einen grundsätzlichen Artikel, der sich mit der deutschen und europäischen Ernährungswirtschaft befaßt. Backe geht dabei davon aus, daß erst der Nationalsozialismus erkannte, daß England mit seiner Propaganda für das Freihandelsystem nicht anderes wollte, als Deutschland abhängig und schwach zu machen, um selbst herrschen und ausbeuten zu können. Die nationalsozialistische Führung habe daher nach der Machtübernahme die Konsequenzen gezogen, und zwar zunächst auf dem Gebiet der Ernährung. Schon 1934 sei die deutsche Landwirtschaft zum Kampf um die Nahrungsfreiheit, zur Erzeugung von Lebensmitteln, aufgerufen worden, wobei die Erfolge nicht ausblieben.

Die in den Jahren 1934 bis 1939 von der deutschen Landwirtschaft erzielten Produktionssteigerungen seien in der Welt ohne Beispiel. Während Deutschland vor der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus nur 85 v. H. seines Bedarfes an Lebensmitteln aus eigener Erzeugung decken konnte, wurden 1939 fast 85 v. H. des Nahrungsmittelebedarfes durch die eigene Landwirtschaft befriedigt. Durch diese Leistung sei für die Ernährungswirtschaft Deutschlands im Krieg eine Grundlage geschaffen, die Deutschland unabeherrschbar macht. Auf wichtigen Teilgebieten, u. a. auch im Gemüsebau, sei es möglich gewesen, sogar während des Krieges eine sehr erhebliche Erhöhung der Produktion zu erreichen. Daher werde es England auch in Zukunft nicht gelingen, Deutschland auszuburgern. Die Leistungskraft der deutschen Landwirtschaft sei trotz größerer und schwerer Belastungen ungebrochen. Ebenso wie in den ersten beiden Kriegsjahren werde die Befähigung der neuen Ernte — wenn auch unter härtester Ausnutzung aller Kräfte — in friedensmäßiger Ausmaß und Güte durchgeführt werden. Es sei auch zu hoffen, daß die Witterung, die zwei Jahre hintereinander dem Wachstum bzw. der Ernteernteung nicht günstig war, im dritten Kriegserntejahr der Ernte günstiger ist. Weiter würden aber auch, nachdem im Osten die Entscheidung gefallen ist, in Zukunft eher Erleichterungen gegenüber dem zweiten Kriegsjahr eintreten als weitere Belastungen. Schließlich seien größere landwirtschaftliche Gebiete im Osten nördlich in unserer Hand, und deutsche Traktoren werde dafür sorgen, daß das ernährungswirtschaftliche Potential dieses Raumes der deutschen Ernährungswirtschaft in zwei bis zu drei wachsendem Umfang mit Erzeugungslieferungen zur Verfügung stehen wird.

Staatssekretär Backe befaßt sich dann in seinem Artikel weiter mit der Wirkung der Blockierung Europas durch England. Die Folge davon sei, daß Europa sich auf sich selbst besinnen und Europas Landwirtschaft erwache. Dieses Erwachen sei nicht nur auf der geistigen Ebene der europäischen Landwirtschaft zu erkennen, sondern es lägen bereits praktische Ergebnisse vor. Dies zeige, daß sich überall in Europa die Kräfte rühren, um Europas Ernährung aus eigener Kraft sicherzustellen.

Diese Anstrengungen nahmen in ganz Europa weiter zu, so daß es schon im nächsten Jahr gelingen wird, die Bedarfsdeckung in zahlreichen Ländern voll aus eigener Kraft sicherzustellen. Deutschland werde es dann nicht mehr nötig haben, wie in den Jahren 1940/41 und 1941/42, an diese Länder Nahrungsmittel zu liefern. In dem Kampf um Europa, so stellt Staatssekretär Backe fest, habe bisher auch auf dem Ernährungsgebiet nur Deutschland vorgeleitet. Die Leistung, die Deutschland in diesen Jahren durch sehr beträchtliche Lieferungen von Lebensmitteln an verschiedene Gebiete Europas vollbracht habe, werde ihre übliche Würdigung erst einmal nach dem Krieg erfahren, wenn darüber im einzelnen durch Zahlen gesprochen werden kann. Die Hungerkatastrophe treffe schließlich vor allem England, weil durch die Wiederherstellung Kontinentaleuropas die liberale Weltwirtschaft, die in erster Linie den englischen Interessen diene, endgültig in Trümmer geht. „Die Todesurteile der englischen Weltwirtschaft“, so schließt Staatssekretär Backe seinen Aufsatz, „wird zur Geburtsstunde einer neuen europäischen Wirtschaftsordnung, die nach der Befreiung der Welt ein wertvoller Faktor für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Kontinent der Erde sein wird. Am Anfang dieser neuen europäischen Ordnung steht aber mit: das Erwachen der Landwirtschaft Europas und ihr Einsatz und Beitrag in diesem Kampf.“

Reichsminister Darré vor den Landesbauernführern

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichsbauernführer R. Walther Darré sprach anlässlich einer großen Arbeitssitzung des Reichsnährstandes im Rahmen einer geordneten Veranstaltung vor den Landesbauernführern und erläuterte ihnen an überaus vielen Beispielen die Wichtigkeit des Weges der nationalsozialistischen Agrarpolitik in den vergangenen Jahren. Reichsminister Darré sprach den Landesbauernführern seinen besonderen Dank aus für die Einigkeit, die sie in der Kampfszeit, in den Jahren bis zum Beginn dieses Krieges und vor allem während des gegenwärtigen Ringens bewiesen haben. Er könne jedenfalls feststellen, daß die Landesbauernführer auf ihren verantwortungsvollen Posten jederzeit ihren Mann gestanden haben. Die Landesbauernführer, so fuhr Darré fort, haben heute zweifellos mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die vorher nicht gewesen sind, die aber in der Natur des Krieges liegen. Diese Schwierigkeiten sind aber nicht entscheidend, entscheidend ist vielmehr der Wille der Persönlichkeit, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. In diesem Sinne sehe er auf Grund der bisherigen Leistungen während der vergangenen Jahre mit unerschütterlichem Vertrauen auf die Leistungen der Landesbauernführer in den kommenden Monaten. Reichsminister und Reichsbauernführer Darré schloß seine Ansprache mit einem Appell des bedingungslosen Glaubens an die Person Adolf Hitlers, in den die Landesbauernführer als seine alten Kämpfer begeistert einstimmen.

Kolchosbetrieb oder Bauernhof?

Die teuflische Gemeinschaft zwischen den Plutokraten in Amerika und England und den Bolschewisten in Sowjetrußland erscheint einzelnen Volksgenossen immer noch als eine Verbindung, die nur unter dem Druck der deutschen Gegenoffensive entstanden ist. Diese Betrachtung aber geht am grundsätzlichen vorbei, denn in Wirklichkeit sind Bolschewismus und Plutokratie gar keine Gegensätze, sie gehen vielmehr auf ein und dieselbe Wurzel zurück. In beiden hat sich das internationale, nach Welt Herrschaft gierende Judentum Waffen geschmiedet, die nur nach außen hin zur Verdummung der Völker als Tarnung ein verschiedenes Aussehen haben.

Die auch innerlich feststehende Gemeinschaft von Plutokratie und Bolschewismus kommt am klarsten zum Ausdruck, wenn man ihre Stellung zur Agrarpolitik einer näheren Betrachtung unterzieht. Der Kolchosbetrieb auf der einen Seite ist das Ideal, die letzte Errungenschaft der bolschewistischen Agrarpolitik; der liberale Farmerbetrieb auf der anderen Seite die letzte Konsequenz plutokratischer Wirtschaftsmethoden. Sowohl beim Kolchosbetrieb als auch beim Farmerbetrieb ist der wirtschaftende Mensch das völlig Unwesentliche. Der Mensch ist hier nur Produktionskraft, während die Wirtschaft, der Betrieb selber, alles Handeln bestimmt. Auf die Erträge des Betriebes kommt es an, auf die Rente, die er erwirft, was dabei aus dem Menschen wird, der in diesem Betrieb arbeitet, das ist sowohl den Bolschewisten als auch den Liberalisten völlig gleichgültig.

In einem grundsätzlichen Gegensatz dazu steht die nationalsozialistische Agrarpolitik, wie sie vom Reichsernährungsminister und Reichsbauernführer R. Walther Darré schon lange vor der Machtübernahme erdacht und erarbeitet und nach der Machtübernahme in die Wirklichkeit umgesetzt wurde. So nüchtern innerhalb der nationalsozialistischen Agrarpolitik auch gerechnet wird, so wichtig Ertragsleistung und Betriebsleistungen im einzelnen und für die Volksernährung auch sein mögen, entscheidend ist letzten Endes doch nicht der Betrieb, sondern der Mensch. Der Bauer ist der Träger des deutschen Schicksals und der deutschen Zukunft, nicht der Betrieb. Die Förderung des Menschen und die Erhaltung seiner Leistungskraft — das sind daher die grundsätzlichen Ziele der deutschen Agrarpolitik. Im Kernpunkt alles Handelns muß das Volkstum stehen, denn mit der Erhaltung des Volkstums an sich steht und fällt das volkliche und damit das staatliche und wirtschaftliche Leben.

Sicher, auch in der deutschen Agrarpolitik wird um eine möglichst große Zweckmäßigkeit gekämpft. Aber die beste Wirtschaftlichkeit wird niemals zum Selbstzweck erhoben, sie bleibt immer nur Objekt, immer nur ein Mittel, um die allgemeine Wirtschaftslage zu verbessern und die Grundlagen der Lebensfähigkeit des Volkstums zu erweitern. Die wirtschaftlichen Anstrengungen, die in der Sowjetunion um die Kolchoswirtschaft und in Amerika und England um den Farmerbetrieb gemacht wurden, sind Ausfluß eines völlig einseitigen Wirtschaftsdenkens, sind Ausdruck einer toten rechnerischen Zweckmäßigkeit, wobei der Mensch völlig nebensächlich ist und daher einmal zugrunde gehen muß. Auch um den deutschen Bauernhof ist wirtschaftlich gekämpft worden. Auch der deutsche Bauernhof soll wirtschaftlich sein und möglichst hohe Erträge abwerfen. Aber doch nicht, um irgendeinen einseitig verlagerten Reichtum zu schaffen, sondern nur mit dem Ziel, einem lebenskräftigen Geschlecht eine würdige Heimstätte zu geben und die wirtschaftlichen Voraussetzungen eines würdigen Daseins und schließlich den sicheren Hort einer Keimzelle für das Blut des Volkes zu schaffen.

So stehen sich auf der einen Seite Bolschewismus und Plutokratie und auf der anderen Seite der Nationalsozialismus in Todfeindschaft gegenüber. Die gemeinsame Grundlage von Plutokratie und Bolschewismus wird dabei besonders deutlich in der gemeinsamen Auffassung der agrarpolitischen Probleme. Die bolschewistische Kolchoswirtschaft und die amerikanische Farm sind daher geradezu Symbole der inneren Einstellung jener Gruppen zum Bauerntum und zu seiner Bedeutung im Rahmen des soziologischen Aufbaues eines Volkstums. Alle Angehörigen des deutschen Landvolks, mögen sie nun Bauern, Landarbeiter, Gartenbauer oder Angehörige einer anderen Fachpartei sein, mögen an dieser Gegensätzlichkeit erkennen, wie entscheidend das Ringen unserer Tage ist. Als die englischen Hillsvölker vom Kontinent vertrieben wurden, war die Gefahr des liberalistischen Wirtschaftskollapses gebannt. In dem Augenblick, da die gewaltigen aktiven Heere des Sowjets im Osten niedergebrosen wurden, war auch die andere Gefahr, die bolschewistische, für den deutschen Lebensraum und damit vor allem für das deutsche Landvolk beseitigt.

Verschiebbare Grenzen

Es ist schon lange her, daß die Weiten sagten, ihre Grenze läge am Rhein. Heute soll sie am Don und an der Wolga liegen. Auch der Dokumentarfilmer Rosowelt ist für verschiebbare Grenzen; denn für ihn hängt die Ausdehnung der „westlichen Demisphäre“ davon ab, mit welchem seiner Hofgesandten er zuletzt gesprochen hat. Aber diese mühtigen, propagandistischen Weitzweitschwärmer meinen wir diesmal nicht, wenn wir von verschiebbaren Grenzen sprechen. Nicht mit lautem Getöse wie Churchill oder Rosowelt, sondern in aller Stille und in zäher Arbeit haben deutsche Gelehrte es vermocht, Grenzen zu verschieben, die bisher von der Natur für immer festgelegt schienen. Der deutschen Pflanzenzüchtung ist es gelungen, die Anbauergrenzen vieler landwirtschaftlicher Kulturpflanzen immer mehr nach Norden zu verschieben. Aber es bleibt nicht einmal dabei, daß um nur ein Beispiel zu nennen, die eigentlich subtropische Pflanze Mais heute schon in unseren Breiten angepflanzt wird, die für den ursprünglichen Mais eigentlich zu kalt waren. Es ist damit zu rechnen, daß die Anbauergrenzen noch bei einer Reihe weiterer Nahrungs- und Nutzpflanzen in Zukunft ebenfalls weiter nordwärts verlegt werden, etwa bei der Sojabohne, die, wie es mit dem Mais bereits früher geschah, heute schon in Pflanzenzüchtungsinstituten „ausnordestet“ wird, das will sagen, daß in empfinden und rationellen Fortschreitenden die Möglichkeiten geschaffen werden, sie unseren Klima anzupassen und bei uns einzubürgern. Hier wird eine Arbeit geleistet, von der noch zu Zeiten rühmend gesprochen werden wird, in denen die Grenzverschiebungsmächten aus London und Washington längst ganz und gar vergessen sein werden. Nur das Volk hat ein Recht, seine Grenzen auszuweiten, das dem Schwert den Pfug folgen läßt und in rustischer Kultur- und Selbstarbeit dafür sorgt, daß dem Fortschritt neue Grenzen erschlossen werden.